Büro-Möbel
Eiche und Rüster
Registratur- und Aktenschränke
Bücher- und Ordnerregale
Bürotische
Schreibmasch.-Tische
Vertikal-Registraturschränke
Karten-Registraturen
Schreibsessel
Bürostühle
Pultsessel
Bargou Söhne

Nr. 83 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 26. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 828, 13 838, 13 887, 17 108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 29 mm breit, M. 1.60, für das Ausland M. 2.—; Reklamezeile, 91 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 10.—. Bei Ziffern- oder Familien 10 v. H. Sonderabdruck. Geschäfte für Nachbaranzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Die Umbildung der Regierung

Von unserer Berliner Redaktion

+ Berlin, 26. März. (Eig. Drahtbericht)

Die Krisis in der Reichsregierung wird, wie nun festzustehen scheint, durch eine geringe Veränderung im Ministerkollegium beseitigt werden. Gleichzeitig aber mit der Meldung der geplanten Umwandlung der Regierung Bauer kommt die über den Rücktritt des preußischen Staatsministeriums.

Im Reichskabinett sind mehr Verschiebungen als grundsätzliche Umgestaltungen geplant. Das war ja nach der Ablehnung der Unabhängigen, sich an der Regierung zu beteiligen, auch nicht anders möglich. Was die Haltung der Unabhängigen bestimmte, waren taktische Erwägungen. Sie wollten nichts anderes als eine Klassenkampfpartei sein, für die es nur einen Gegner, die bürgerliche Gesellschaft, gibt. Für die Regierung Bauer handelt es sich nach dieser Klärung der Sachlage darum, für die zwei stärksten Persönlichkeiten einen Ersatz unter den zur Verfügung stehenden Parteien, die auch bisher schon die Regierung bildeten, zu finden.

Noske soll gehen, weil er die Reichswehr zu einer Waffe gegen den Bolschewismus und Radikalismus geschmiedet habe. So setzt das nämlich Friedrich Stampfer im „Vorwärts" am 25. März auseinander. Da Stampfer nicht nur der Leiter des „Vorwärts" ist, von ihm auch der politische Einfluß seiner Partei ausgeht, so verdienen seine Ausführungen erhöhte Beachtung. Stampfer behauptet, es seien Fehler gemacht worden, vor allem durch Noske, der zu vertrauensselig gewesen sei. Für die Weitherzigkeit der regierenden Parteien und für ihr gutes Einverständnis bezeichnend ist, daß die Sozialdemokraten den Reichswehrministerposten nicht selbst besetzen, sondern ihn den Demokraten überlassen wollen. Es fehlt offenbar den Sozialdemokraten an einer Persönlichkeit von gleicher Energiebegabung die Noske besaß.

Reichswehrminister soll Dr. Geßler werden. Er ist kein neuer Mann. Er hat bisher das Wiederaufbauministerium verwaltet, das er nun der Ordnung halber an einen Sozialdemokraten abgeben wird. Dr. Geßlers neue Verwendung zeugt für seine ungewöhnliche Begabung, die durch seine Tatkraft unterstützt wird, die überall Vorzügliches leistete, wo immer Geßler bisher auch stand.

Nicht minder wichtig ist die Uebertragung des Reichsfinanzministeriums an den Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie. Cuno ist eine Entdeckung Albert Ballins. Aus der preußischen Staatsbeamtenlaufbahn hervorgegangen, übernahm er bei der Hapag nach dem Tode Ballins die Leitung. Der „Vorwärts" ist über Cuno nicht sonderlich entzückt, denn er verdächtigt ihn deutschnationaler Neigungen. Bekannt ist jedoch über Cuno nur, daß er Katholik und parteipolitisch bis heute so gut wie gar nicht hervorgetreten ist. Von Bedeutung aber ist nur, was der Mann versteht und leistet. Erzbergers Erbschaft übt an sich gewiß keine Anziehungskraft aus. Das neue Reichsfinanzministerium kann natürlich nicht eine andre Steuer- und Wirtschaftspolitik einleiten, als sie im Einverständnis mit der Regierung und parlamentarischer Mehrheit festgelegt worden ist. Aber der neue Finanzminister kann die Ausführungen überwachen, die Wirklichkeit des Lebens mit dem Buchstabenglauben des grünen Tisches in Einklang zu bringen suchen. Das ist eine wichtige Aufgabe, zumal einzelne Steuergesetze so flüchtig gearbeitet sind, daß sie ohne Neubearbeitung nicht in Kraft treten können.

Das Wiederaufbauministerium wird Dr. Geßler an den Gewerkschaftsführer Silberschmidt abgeben, der Vorsitzende des Bauarbeiter-Verbandes ist. Ungeklärt ist noch die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums. Das neue Ministerium Bauer ist wesentlich das Vorbereitungsministerium für die Neuwahlen. Deshalb hat auch der andre starke Mann der Sozialdemokraten, Otto Wels, aus den Sturmtagen der Berliner November-Umwälzung bekannt, das Amt des Wehrministers abgelehnt. Wels ist geschäftsführender Vorsitzender des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei. Eine andre Bedeutung hat auch der Rücktritt des preußischen Staatsministeriums nicht. Der Vorsitzende der Landesversammlung Leinert, dem die Rücktrittserklärung übergeben wurde, wird sehr wahrscheinlich den bisherigen Ministerpräsidenten bitten, die Regierung zu erneuern, d. h. umzubilden. Verschiebungen erheblicher Art sind auch hier nicht zu erwarten. Es gilt vor allem, für Wolfgang Heine den geeigneten Ersatzmann zu finden.

+ Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Gestern mittag hat der Ministerpräsident Hirsch dem Präsidenten der Landesversammlung, Leinert, die erwartete Demission des gesamten preußischen Kabinetts mitgeteilt. Leinert beabsichtigt, bei der Neubildung des Kabinetts in enger Fühlung mit dem Reichspräsidenten vorzugehen. Einstweilen hat Präsident Leinert die preußischen Minister mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte beauftragt. Wie in gutunterrichteten Kreisen behauptet wird, geht man mit dem Gedanken um, dem bisherigen Reichswehrminister Noske nunmehr einen Sitz im preußischen Kabinett anzubieten. Das preußische Verkehrsministerium soll angeblich General Groener (?) erhalten.

•

Keine Sitzung der Nationalversammlung

Die für heute anberaumte Sitzung der Nationalversammlung ist, wie das Wolff-Bureau meldet, auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Dem Präsidenten jedenfalls wurde die Ermächtigung erteilt, nach Klärung der Lage eine Sitzung anzuberaumen.

Wie die „D. A. Z." aus parlamentarischen Kreisen erfährt, soll die Nationalversammlung sofort nach dem Zusammentritt des neuen Kabinetts einberufen werden.

Verständigung im Ruhrgebiet?

Nach eingehenden Verhandlungen der Arbeitervertretung und der Stadtverwaltungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes wurde eine Erklärung festgelegt, in der ausgeführt wird, daß die Vertreter aller beteiligten Parteien ihre Forderungen zur Entwirrung der durch den Kapp-Putsch entstandenen Lage auf Grund derjenigen Vereinbarungen in Einklang bringen wollen, mit welchen Vorstände der deutschen Gewerkschaften, der S. P. D. und der U. S. P. D. in Berlin die Beendigung des Generalstreiks beschlossen haben. Die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz sollen aufgelöst und zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane eine Ortswehr aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung gebildet werden. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden. — Ueber

die militärische Lage

wurde zwischen Regierung und Arbeitervertretern noch folgendes festgelegt: Die Gruppe Wesel der Reichswehr steht nördlich der Lippe. Die Gruppe Münster liegt mit dem rechten Flügel bei Buldern dicht bei Münster und westlich bei Münster. Kein Soldat steht soweit südlich, daß, wenn von den bewaffneten Arbeitern die Abmachungen nicht eingehalten werden, es zu Zusammenstößen kommen könnte. Die Arbeitertruppen sind zurückgenommen bis südlich der Lippe. Der am weitesten nach Wesel vorgeschobene Posten der bewaffneten Arbeiter wird zurückgenommen auf Dinslaken und Dorsten. Trotz den Vereinbarungen und der Waffenruhe ist es, wie die folgenden Meldungen sagen, noch zu Kämpfen gekommen:

+ Bielefeld, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Die gestern hier zusammengetretene Konferenz zur Verständigung über die Lage im Industriegebiet, an der auch der Reichspostminister Giesberts und Reichskommissar Severing teilnahmen, hat feste Vereinbarungen getroffen. Diese enthalten die gleichen Zugeständnisse, die den Berliner Gewerkschaften eingeräumt wurden, und besagen außerdem, die jetzt bestehenden Aktionsausschüsse haben gemeinsam mit den Gemeindebehörden die Ortswehren aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Diese hat innerhalb zehn Tagen zu geschehen. Dann tritt an Stelle jener Aushilfen ein aus den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und den Mehrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganisationen wirkt. Bei dieser Aufstellung einer Sicherheitswehr kommen auf 1000 Einwohner drei Mann. Die Arbeiterschaft verpflichtet sich, restlos zur Arbeit zurückzukehren. Der Einmarsch der Reichswehr wird bei loyaler Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen nicht erfolgen.

+ Wesel, 25. März. Die Kämpfe zwischen Reichswehr und Aufständischen dauern trotz dem Waffenstillstandsabkommen in Bielefeld noch an. Die Arbeiter stehen unmittelbar vor Wesel. Der rechte Flügel hat bereits die Lippe überschritten. Seit Dienstag nachmittag liegt heftiges Artilleriefeuer auf der Stadt Wesel. Von militärischer Seite wird die Lage für Wesel als absolut sicher bezeichnet; die Stimmung der Truppen sei ausgezeichnet. Das Weseler elektrische Kraftwerk ist durch die Minen, die die Aufständischen hineinschossen, stillgelegt worden.

Daß es nach der ganzen Lage zu einer

Einmischung der Entente

kommen würde, mußte man von vornherein annehmen. Es liegen Meldungen vor, daß die Alliierten Zwangsmaßnahmen ankündigen, wenn es der deutschen Regierung nicht gelingt, selbst die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände durchzuführen:

+ Genf, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Das Pariser „Journal" meldet: Der Hohe Rat für das besetzte Rheinland hat die Entwaffnung der im besetzten Gebiet gebildeten Arbeiterrepubliken und ihre ungesäumte Auflösung angeordnet. Die Beseitigung der kommunistischen Herrschaft soll zunächst durch deutsche Truppen, falls diese nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen, durch die Machtmittel der alliierten Besatzungsarmee erzwungen werden.

+ Genf, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie „Journal des Débats" meldet, hat am Montag eine längere Besprechung des deutschen Gesandten in Paris im Ministerium des Aeußeren stattgefunden, die sich mit der inneren politischen Lage Deutschlands befaßte.

In der Pariser Meldung über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen der Truppenentsendung in das Ruhrgebiet bemerkt die Agence Havas, daß Deutschland beabsichtige, 100 000 Mann in das Ruhrgebiet zu senden. Die letzte Angabe von Havas entspricht, wie das Wolff-Bureau offiziös mitteilt, in keiner Weise den Tatsachen. Truppen von dieser Stärke würden niemals in das Ruhrrevier geschickt werden. Nur im äußersten Notfalle sollen militärische Verstärkungen eingreifen. Als selbstverständlich gilt, daß die eventuell mit der Erlaubnis der Entente in das Ruhrgebiet einrückenden Truppen dieses nach Wiederherstellung der Ordnung wieder räumen würden.

•

Die Folgen des Umsturzes in Berlin

Die Wasserversorgung Berlins liegt, wie das Wolff-Bureau meldet, noch sehr im argen, und auf die Gasversorgung dürften die Berliner wohl noch mindestens acht Tage warten müssen, da die Koksöfen zum Teil völlig erkaltet sind.

•

Die Verluste in Halle

× Halle, 24. März. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, beträgt die Zahl der Todesfälle unter den Zivilisten aus den letzten Kämpfen in Halle 68. Die Sanitätswache im Zentrum der Stadt hat 248 Verwundete behandelt. Von den übrigen Verbandstellen des Roten Kreuzes, namentlich im Norden der Stadt, wo sich tagelang lebhafte Feuergefechte abgespielt haben, waren keine Angaben zu erlangen. Zu berücksichtigen ist auch, daß die Bewaffneten zahlreiche Verwundete und auch Tote mitgeschleppt haben. Die Verluste der Reichswehrtruppen belaufen sich auf 21 Tote und 60 Verwundete.

•

Der Ernst der Lage

+ Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im Reiche ist auch heute noch ernst. Die Verluste der Reichswehrtruppen in den Kämpfen mit den bewaffneten Kommunisten sind außerordentlich schwer. Die Reichswehr und Zeitfreiwilligen sollen in den Tagen vom 15. bis 21. März mehr als 250 Tote und mehrere hundert Verwundete zu beklagen haben.

•

Das Bandenunwesen im Vogtland

Der Kommunist Hölz hat auf seinem Zuge in das obere Vogtland, über den wir gestern berichteten, mit seiner Schar nicht nur Markneukirchen heimgesucht, sondern auch in Adorf haltgemacht und dort den Kommerzienrat Claviez gezwungen, Betriebsstoff, Reifen und Ersatzteile für die Automobile zur Verfügung zu stellen. Da die Eindringlinge auch hier mit Gewalt drohten und den Kraftwagenschuppen aufbrechen wollten, mußte man ihren Forderungen nachkommen und sich zunächst damit begnügen, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

Wegen der Umtriebe des Hölz und seiner Bande, die dieser Tage u. a. das Falkensteiner Amtsgericht besetzte und die Akten verbrannte, besteht an zuständiger Stelle die Absicht, das Amtsgericht in Falkenstein ganz aufzuheben, um eine geordnete Rechtspflege für die terrorisierte Bevölkerung zu ermöglichen. Das bisherige Falkensteiner Amtsgericht wird mit einem benachbarten vereinigt werden. Daß durch die Verbrennung der Akten besonders den armen Leuten, wie Mündeln, Witwen und Waisen, der größte Schaden verursacht wurde, liegt auf der Hand. Ferner soll aus Falkenstein das Nebenzollamt, die Reichsbanknebenstelle und die Stickereifachschule verlegt werden, weil keine Gewähr für eine ordnungsgemäße Verwaltung mehr besteht.

Endlich ist es durch das Räuberbandenunwesen unmöglich gemacht worden, einen Zug norwegischer Lebensmittel, den der norwegische Konsul in Dresden, Orloff Hansen, mit großer Mühe besorgt hatte, den Notleidenden im Erzgebirge zuzuführen. Dafür kann sich die Bevölkerung also bei Hölz bedanken.

•

Haltlose Krisengerüchte

Es gehen augenblicklich allerhand Gerüchte über eine bevorstehende Umbildung der sächsischen Regierung und über die Mißbilligung der Politik des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer durch die Mehrheitssozialisten und ähnliche Gerüchte, die von einem Teil der Presse geflissentlich genährt werden. Offenbar handelt es sich hierbei nur um Versuchsballons. Jedenfalls sind alle diese Nachrichten als glatte Erfindung zu bezeichnen. Aehnlich verhält es sich auch mit den Meldungen über die Verhandlungen, die am Dienstag zwischen Parteien einerseits und Regierung und Mehrheitsparteien anderseits stattgefunden haben. Am Dienstag vormittag waren einige Vertreter der Leipziger Gewerkschaften in Dresden, um mit Mitgliedern der mehrheitssozialistischen und unabhängigen Volkskammerfraktion darüber zu beraten, wie den Leipziger Gewerkschaften wegen des Brandes des Leipziger Volkshauses geholfen werden könnte. Die dringendste Frage ist vorläufig, wie die Gewerkschaftsämter unterzubringen sind. Dafür dürfte wahrscheinlich einstweilen im Gebäude der Leipziger Kreishauptmannschaft Platz geschaffen werden. Auch über den Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses wurde gesprochen. Man kam allerdings zu keinem Ergebnis. Als Regierungsvertreter nahm Kultusminister Dr. Seyfert an den Besprechungen teil.

Nachmittags fanden gemeinschaftliche Beratungen zwischen den Mehrheitsparteien über schwebende Fragen statt. Man nahm vor allem zu den überall gebildeten Aktionsausschüssen Stellung und gelangte zu der einmütigen Ueberzeugung, daß sie rechtswidrig sind, außer Aktion gesetzt werden müssen und sich künftig jeglicher Eingriffe in behördliche Maßnahmen unbedingt zu enthalten haben. In den augenblicklichen erregten Zeiten sie aufzulösen, eventuell mit Gewalt, hielt man nicht für ratsam, zumal sie an einzelnen Orten als Bindeglied zwischen Regierung und Parteien gute Dienste leisten.

Auch mit dem Belagerungszustand in Leipzig beschäftigte man sich. Der militärische Befehlshaber untersteht bekanntlich dem Reichswehrministerium und die militärischen Maßnahmen werden unter Verantwortung des Reichswehrministeriums getroffen. Vollständig aus der Luft gegriffen ist auch die Nachricht, daß Ministerpräsident Dr. Gradnauer die Vertrauensfrage stellen werde. Hierfür liegt nicht die geringste Veranlassung vor, da Dr. Gradnauer nach wie vor durchaus das Vertrauen der Mehrheitsparteien genießt. Ebenso sind die Gerüchte über eine Umbildung der Regierung glatt erfunden.

•

Verhalten der badischen Arbeiterschaft

+ Mannheim, 25. März. (Eig. Drahtbericht.) Die kaufmännischen und technischen Angestellten der großen Mannheimer Betriebe haben am Dienstag durch Abstimmung mit erdrückender Mehrheit abgelehnt, sich an den neuen revolutionären Betriebsräten zu beteiligen. Auch der größte Teil der Arbeiterschaft hat sich gegen die Diktatur von links ausgesprochen.

Die Heimkehr aus Sibirien und Japan

× Berlin, 24. März. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien ist gesichert. Fünf japanische Dampfer sind fest gechartert, wovon der erste „Scotland Maru" am 20. März Wladiwostok verlassen sollte. Die Kosten der Heimschaffung von ungefähr 5000 Gefangenen betragen rund 150 Millionen Mark. — Von den Heimkehrertransporten aus Japan ist der Dampfer „Ume-Maru" am 9. März von Sabang nach Port Said, der Dampfer „Hudson-Maru" am 14. März von Port Said nach Bremerhaven weitergegangen, wo er vom 1. April an erwartet wird.

Reichswehrkrisis

Die vor kaum einem Jahre gegründete neue Wehrmacht des Reiches steht seit 13. März in schwerem Kampfe um ihre eigene Existenz. Er begann in den ersten Stunden dieses Unglückstages, als das Reichswehr-Regiment 9 unter Oberst Thenen aus Berlin im nachtdunklen Grunewald der von Herrn Kapp aufgewiegelten, zur Auflösung bestimmten Marine-Brigade Ehrhardt entgegenmarschierte und, statt ihr Widerstand zu leisten, zu ihr überging und mit ihr in Berlin einzog. Andre, ähnliche ehemalige Freikorps, so das Korps Lützow aus Zossen, rückten von andern Seiten im Westen von Groß-Berlin ein und besetzten das Regierungs- und Zeitungsviertel, die Reichsbank, die Reichsdruckerei, einige Bahnhöfe und den sogenannten Bendlerblock, in dem das Reichswehrministerium liegt, nachdem die bisherigen Berliner Sicherungstruppen befehlsgemäß zur Vermeidung von Nacht- und Straßenkämpfen abgezogen waren. So konnte die „neue Regierung" Kapp, der General Frhr. v. Lüttwitz, der Kommandeur des Gruppenkommandos I, dem ganz Ost- und ein Teil von Mitteldeutschland unterstellt war, am frühen Vormittag durch Extrablätter der verblüfften Groß-Berliner Bevölkerung und durch das ebenfalls von ihr militärisch besetzte „Wolff-Bureau dem aufhorchenden übrigen Deutschland und der ganzen Welt erklären, daß sie „im Besitz der gesamten Staatsmacht" sei. Die Knebelung der gesamten unabhängigen Presse und die vollständige Absperrung bzw. Zensurierung des Post- und Telegraphenverkehrs gestattete ihr fernerhin, in Berlin zu behaupten, daß der größte Teil der deutschen Landesregierungen und „fast die gesamte Reichswehr" sich ihr angeschlossen, und die „neue Ordnung" anerkannt habe, im Reiche den Anschein zu erwecken, als ob sich sämtliche Behörden, Sicherheitstruppen, Polizei und der maßgebende Teil der Bevölkerung freudig zu ihr bekannt hätten. Daß genau das Gegenteil der Fall war, daß sämtliche Beamten sich weigerten, Befehle einer neuen Militärdiktatur entgegenzunehmen, daß der neue Reichswehrminister v. Lüttwitz erfreulicherweise im eigenen Hause in der Benderstraße auf geschlossenen Widerstand stieß und auf legalem Wege nicht einmal das nötige Geld zur Besoldung seiner Prätorianergarde abheben konnte, daß das ganze aufgeklärte Bürgertum und die gesamte Arbeiterschaft sowie alle Angestellten sich sofort in Verteidigungszustand setzten und die Arbeit einstellten, wurde in der „Provinz" erst viel später bekannt. Andernfalls hätte es wohl nicht passieren können, daß außerhalb Berlins größere Teile der wirklichen Reichswehr, vor allem in Ostpreußen, Schlesien und Bayern, sich zunächst tatsächlich auf die Seite der Döberitzer Putschisten gestellt und, verführt, irregeführt oder schlecht instruiert, die Verfassung verleugnet hätten, zu deren Schutz sie bestimmt waren.

Dieser Kampf mit sich selbst hat innerhalb der Reichswehr, die von Lüttwitz und seinen Anhängern zum Teil schon lange vorher methodisch gegen die „Juden- und Demokraten-Republik" beeinflußt worden war, unter der Wirkung der Berliner Lügenmeldungen und des entschlossenen Vorgehens des Generals v. Lüttwitz wohl überall sich abgespielt, gut unterrichtete und geführte Truppen, wie die unseres Wehrkreises IV und im ganzen Westen Deutschlands, sind sofort ohne Makel daraus hervorgegangen, andre sind erst nach einigem Schwanken oder nach dem Umschwung in Berlin zu ihrer Pflicht zurückgekehrt. Das Verhalten des Generals Maercker gegen die Staatsstreichsbefehle seines Vorgesetzten v. Lüttwitz hat auf andre Führer und Truppenteile sicherlich günstig eingewirkt. Durch seinen Widerstand, der in dem Satze gipfelte, er sei kein Politiker und habe seine Aufgabe nur darin, Ruhe und Ordnung zu wahren, hat er den General Lüttwitz an Pflichtbewußtsein und politischem Instinkt beschämend übertroffen. Ohne sein besonnenes Verhalten, das durch andre vernünftige Generale, wie Groener und Hindenburg, unterstützt wurde, wären größere blutige Wirren in ganz Deutschland unvermeidlich gewesen. Die inzwischen da und dort ausgebrochenen bolschewistischen Unruhen haben die Anhänger Lüttwitzens mindestens, was ihre Intensität und Gleichzeitigkeit anlangt, zu verantworten.

In diesen in Thüringen und Westsachsen, rund um Berlin und im ganzen Ruhrgebiet und an verschiedenen andern Stellen entstandenen politischen Wirren steht die Reichswehr, zum Teil von Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren unterstützt, seit 14. März in neuen schweren Kämpfen, deren Ende zumal in Westfalen und im Rheinland noch nicht abzusehen ist. Schon hat sie dabei große Verluste an Offizieren und Mannschaften, Ansehen und Material zu beklagen, schon wird sie, auch wo sie lediglich für die alte, gesetzmäßige Regierung, zur Aufrechterhaltung der Verfassung, von Ruhe und Ordnung eingeschritten ist, von den durch den Berliner Putsch aufgeregten und von Hetzern aufgewiegelten wilden Banden da und dort schwer bedrängt, entwaffnet, zurückgeworfen, als Gegner des Volkes verschrien. Und als weitere Folge von dem allem, vom Putschversuch, teilweisem Abfall, den Kämpfen in Berlin und im Reiche droht ihr nun ein dritter und vielleicht der schwerste Kampf, der um ihren jetzigen Bestand, mindestens um ihre jetzige Zusammensetzung. Wie dieser Kampf ausgehen wird, wird in der Hauptsache von dem Verhalten der bisherigen Mehrheitsparteien und dem der in erster Linie für die Wehrmacht verantwortlichen Personen, also dem neuen Reichswehrminister und den in Frage kommenden Abteilungschefs im Ministerium sowie den Wehrkreiskommandeuren, abhängen.

Es ist bekannt, daß von linksradikaler Seite in Berlin und an andern Orten zum Teil eine völlige Auflösung der angeblich die Republik und die Arbeiter bedrohenden Reichswehr nebst Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren und die schon von Liebknecht immer mit denselben Worten und Gesten verlangte „Bewaffnung des Proletariats" gefordert wird. Hiergegen wird in den nächsten Tagen und Wochen die gesamte Wehrmacht des jetzigen Volksstaates und jeder, der es mit beiden gut meint, entschieden Stellung nehmen müssen. Denn wenn auch die jetzige Reichswehr, wie sich am 13. März und an den folgenden Tagen leider herausgestellt hat, nach ihrer Geistesverfassung, ihren Führern und ihrer Zusammensetzung nicht dem Ideal einer Volkswehr, die sie doch sein sollte, ihrer Aufgabe, die Verfassung und die von der Volksmehrheit getragene Regierung zu schützen, entsprochen hat, mit einem Wort, das politisch neutrale, streng loyale Instrument der Staatsautorität, daß sie in erster Linie sein soll, noch nicht war, eine lediglich aus politisch organisierten Arbeitern oder vorwiegend aus solchen

http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200326/1
SLUB Wir führen Wissen.